

Beschluss* der Konferenz der Landesfrauenräte

vom 15. – 17. Juni 2018 in Hamburg

Adressat/in:

- Alle Bundesministerien
- Kanzlerinnenamt
- Tarifpartner auf Bundesebene, DGB, Verdi, Arbeitgeberverbände
- Tarifpartner in den Ländern

Thema:

Care-Berufe stärken und Normalarbeitszeit reduzieren um Versorgungslücken zu schließen

Begründung:

Im Care-Bereich sind vor allem Frauen tätig. Dazu zählen die Tätigkeiten aus den Bereichen Pflege von Pflegebedürftigen, Erziehung und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit & Hebammenversorgung. All diese Tätigkeiten vereint, dass sie schlecht entlohnt und wenig anerkannt sind, aber unabdingbar für das gesellschaftliche Zusammenleben. Eine weitere Gemeinsamkeit dieser Care-Tätigkeiten ist der schlechte Zustand in der Bundesrepublik: In der Kinderversorgung klaffen bedenkliche Versorgungslücken und der Pflegenotstand spitzt sich immer weiter zu. Hebammen protestieren und Beschäftigte in Krankenhäusern streiken.

Um diese Versorgungslücken zu schließen und Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, bedarf es einer Neubewertung und Neuverteilung von Arbeit, und zwar der gesamten Arbeit: der Erwerbs- ebenso wie der Haus- und Sorgearbeit und des ehrenamtlichen Engagements.

Das Vorhaben der großen Koalition, finanzielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abzubauen und Ausbildungsvergütungen anzustreben, begrüßen wir. Diese Bestrebungen benötigen allerdings eine konkrete Umsetzung. Im Bereich der Care-Berufe muss die Problemanalyse weit über den Zeitraum der Ausbildung hinausgehen. Konkret bedeutet das beispielsweise für den Hebammenberuf, dass vor allem die in den letzten Jahren gestiegenen Versicherungsbeiträge dazu geführt haben, dass zahlreiche freiberufliche Hebammen aus dem Beruf ausgestiegen sind. Als Konsequenz ist eine flächendeckende Versorgung von Schwangeren und Gebärenden in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben – dafür muss die Bundesregierung umgehend eine Lösung finden!

Eine Neubewertung und Neuverteilung von Arbeit muss anstreben, Care-Tätigkeiten genauso zu bewerten und zu bezahlen wie Tätigkeiten im Handwerk oder im Wirtschafts- und Finanzbereich. Nur dann werden Frauen genauso viel verdienen wie Männer und

Männer werden dann selbstverständlicher auch Care-Berufe ergreifen. Eine neue Normalarbeitszeit mit 30 Stunden pro Woche würde es Menschen mit Sorgeverpflichtungen außerdem ermöglichen, Sorge - und Erwerbsarbeit zu vereinbaren.

Wir benötigen eine nachhaltige sozial- und wirtschaftspolitische Strategie um die Versorgungslücken im Care-Bereich abzubauen.

Deshalb fordern wir von

1. der Bundesregierung

- die sofortige Umsetzung des Koalitionsvertrages, insbesondere die Abschaffung von Ausbildungskosten sowie die Einführung einer angemessenen Ausbildungsvergütung in allen Care-Berufen. Eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den einzelnen Sektoren auf der Grundlage belastbarer Bedarfsberechnungen
- das Ehegattensplitting (mit großzügigen Übergangsregelungen für ältere Paare) abzuschaffen,
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft auf den Weg zu bringen,
- den Mindestlohn spürbar zu erhöhen,
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung

2. den Landesregierungen und Landesparlamenten

- Die Einrichtung und Förderung von Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit mit ca. 30 Wochenstunden (bei vollem Lohnausgleich) in ihren öffentlichen Dienststellen und von der öffentlichen Hand geförderten Unternehmen und freien Trägern
- die Entgeltgleichheit in ihren Vergaberichtlinien zu verankern,
- die in den Landesgleichstellungsgesetzen verankerten Frauenquoten konsequent umzusetzen und auch auf Unternehmen in öffentlicher Förderung anzuwenden

3. den Tarifparteien

- ihre Arbeitszeittarifverträge in Richtung kurze Vollzeit mit ca. 30 Wochenstunden anzupassen,
- eine Höhereinstufung von sog. frauentypischen Tätigkeiten in Sozial - , Erziehungs- , Gesundheits- und Hauswirtschaftsberufen im Tarifgefüge zu vereinbaren,
- die Mitgliedsbetriebe und Betriebsräte zur konsequenten Überprüfung der Entgeltgleichheit im Betrieb anzuhalten und sie dabei zu unterstützen.

*auf Antrag des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V.